

Aufgaben und Möglichkeiten der Europa-Arbeit auf kommunaler Ebene

1. Europabüros in Brüssel – der Vorteil der direkten Präsenz

Die Europäische Union hat sich in den vergangenen Jahren zu einem immer bestimmenderen Faktor für die kommunalen Gebietskörperschaften entwickelt. Die entscheidenden Rahmenbedingungen für die kommunale Selbstverwaltung werden keineswegs nur in Berlin, sondern immer mehr in Brüssel geschaffen. Mittlerweile müssen nahezu 80% aller Entscheidungen der Europäischen Institutionen auf kommunaler Ebene beachtet und umgesetzt werden. Da die Städte, Gemeinden und Kreise keine direkte Einflussmöglichkeit auf diese Entscheidungen haben, sind sie mehr denn je auf informelles Engagement angewiesen, damit sie sich über geplante Maßnahmen der EU rechtzeitig informieren können. Die Voraussetzung hierfür sind gute Kontakte „vor Ort“ in Brüssel und ein funktionierendes Netzwerk.

Aus diesem Grund haben die kommunalen Spitzenverbände (Landkreistag, Städte- und Gemeindetag) mehrerer Bundesländer eigene Europabüros in Brüssel eingerichtet. Einige davon arbeiten im Rahmen von Bürogemeinschaften zusammen, so z.B. Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen. Die Basis für ihre Tätigkeit ist eine aufgeschlossene Grundeinstellung zu Europa, die darin besteht, von einer bloßen Europabetroffenheit zu einer eigenen Europakompetenz zu gelangen und europäische Initiativen fortlaufend zu verfolgen. Europaarbeit besteht nicht nur aus der Beteiligung an Förderprogrammen. Es geht auch darum, bei der Bewältigung der täglichen Aufgaben die europäische Dimension mitzudenken, weil viele kommunale Themenbereiche durch Entscheidungen der EU berührt werden (z.B. die Abfallwirtschaft, das Veterinärwesen, der Natur- bzw. Umweltschutz usw.).

Die Gespräche mit den Leitern der Europabüros der Baden-Württembergischen und der Sächsischen Kommunen haben den Mehrwert der direkten Präsenz in Brüssel verdeutlicht. Er lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Frühzeitige Information der kommunalen Spitzenverbände über Initiativen und Gesetzgebungsverfahren der EU. (Beschaffung, Auswertung und Weitergabe von Informationen aus den EU-Institutionen)
- Vertretung kommunaler Interessen gegenüber der EU-Kommission durch gute Beziehungen zu den Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus dem jeweiligen Bundesland.
- Direktkontakt zur Kommission, zum Ausschuss der Regionen und zu den verschiedenen thematischen Arbeitskreisen
- Schnelle Vermittlung von Ansprechpartnern für die kommunalen Spitzenverbände
- Zeitvorsprung im Hinblick auf Ausschreibungen von Förderprogrammen der EU, Hilfe bei der Beantragung von Förderprojekten

Die kommunal ausgerichteten Europabüros sind zusätzlich zu den Ländervertretungen eingerichtet worden, mit denen sie eng kooperieren. Warum reicht ein Landesbüro, das mit mehreren Fachreferenten ausgestattet ist, in Brüssel nicht aus? Der Grund für die zweigleisige Vertretung liegt darin, dass die Länderbüros mit der Bearbeitung legislativer Fragestellungen und der umfassenden Berichterstattung an die Landesregierungen ausgelastet sind.

Für die kleinräumigere Betrachtung sind die Europabüros der Kommunen zuständig. Sie verstehen sich als Serviceleister für Angelegenheiten auf Kreis- bzw. Gemeindeebene und halten detaillierte Informationen über Fördermöglichkeiten vor. Während sich die Landesvertretungen hauptsächlich mit der standardisierten Strukturförderung befassen, spielen auf kommunaler Ebene eher die Aktionsprogramme im Bereich Jugend, Kultur, Bildung usw. eine Rolle.

Die Einrichtung eines „Extra-Büros“ für kommunale Landesverbände ist natürlich nicht die einzige Möglichkeit, Kreise, Städte und Gemeinden stärker in die Europa-Arbeit einzubinden, zumal die Unterhaltung einer Vertretung in Brüssel recht kostenintensiv ist. Der Landkreistag in Schleswig-Holstein hat eine Alternative entwickelt, die im folgenden kurz vorgestellt wird.

2. Europaarbeit in den schleswig-holsteinischen Kreisen

Schleswig-Holstein unterhält in Brüssel kein eigenes Büro für kommunale Spitzenverbände. Die Interessen des Landes werden durch das Hanse-Office (gemeinsames Büro mit Hamburg) vertreten. Die von den Kreisen benannten Europabeauftragten sollen Ansprechpartner für die kommunale Ebene sein und gleichzeitig den Schleswig-Holsteinischen Landkreistag bei seiner Europaarbeit fachlich unterstützen. Das Konzept sieht vor, dass die EU-Referenten der Kreise die Gelegenheit bekommen, für einige Wochen bzw. maximal drei Monate nach Brüssel zu gehen, um die Arbeit vor Ort kennen zu lernen und die erforderlichen Netzwerke zu knüpfen.

Nachdem im Herbst 2003 der „Weg nach Europa“ durch die Hospitanz des Europareferenten des Landkreistages bei verschiedenen Brüsseler Institutionen geübt worden war, erfolgte im Frühjahr 2004 ein vierwöchiger Arbeitsaufenthalt des EU-Beauftragten des Kreises Pinneberg. Ab Herbst 2004 werden die nächsten Referentinnen und Referenten aus den schleswig-holsteinischen Kreisen ihre Erfahrungen sammeln.

Das Modell, das im Laufe der nächsten zwei Jahre konsequent mit Leben zu erfüllen ist, ist diesem Bericht als Grafik beigelegt (**Anlage 1**). Aus ihr ist ersichtlich, dass sich die Kreise die fachlichen Schwerpunkte untereinander aufteilen. Der beabsichtigte intensive Informationsaustausch greift die Idee eines „neuen Dialoges mit den Verbänden der Gebietskörperschaften über die Politikgestaltung der Europäischen Union“ auf, die die Kommission in einer Mitteilung formuliert hat (Dezember 2003). Aus dem Text gehen Zweck, Inhalt und „Spielregeln“ des Dialogs mit Regionen und Kommunen hervor.

In der Schlussfolgerung der Mitteilung heißt es: „Mit ihrem Vorschlag, einen systematischeren politischen Dialog mit den Verbänden der Regionen und Kommunen in Gang zu bringen, will die Kommission den betroffenen Parteien Gelegenheit geben, sich zu äußern, ohne dass der Entscheidungsprozess dadurch in Frage gestellt würde. Auf diese Weise kann die Kommission die Auffassung der Gebietskörperschaften zu der Politik auf europäischer Ebene, an deren Durchführung sie beteiligt sind bzw. die sich letzten Endes auf lokaler und regionaler Ebene auswirken, vor Einleitung der formellen Entscheidungsprozesse zur Kenntnis nehmen. Darüber hinaus trägt die vorgeschlagene Arbeitsmethode dazu bei, die Beziehungen zwischen dem Ausschuss der Regionen und den verschiedenen Verbänden der Kommunen und Regionen zu stärken.“

Die Umsetzung dieser Idee wird sowohl ideell als auch praktisch (Bereitstellung von Büroraum mit PC-Arbeitsplätzen, Organisation der Teilnahme an Veranstaltungen und Arbeitskreisen, Investition von Zeit für Gespräche, Arbeitsanleitungen usw.) von den Brüsseler Büros unterstützt. Hierzu zählen das Hanse-Office, die Investitionsbank Schleswig-Holstein und der Deutsche Landkreistag. In Anbetracht der Vielzahl von Praktikanten bzw. Referendaren und der hohen täglichen Arbeitsbelastung der dortigen Büroleiter und Betreuer ist dieses Engagement bemerkenswert.

Wenn das vom Schleswig-Holsteinischen Landkreistag erarbeitete Konzept realisiert wird, entstehen für das Land, seine Kreise, Städte und Gemeinden dreidimensionale Vorteile:

- **Horizontaler Nutzen:** ein sich gegenseitig informierendes und unterstützendes Netzwerk der Europa-Beauftragten in Schleswig-Holstein
- **Vertikaler Nutzen:** ein fachlich spezifischer Kontakt zu EU-Dienststellen im Land und in Brüssel
- **Räumlicher Nutzen:** eine Ausweitung internationaler / interregionaler Kontakte (Erleichterung der Kooperation bei förderfähigen kommunalen Projekten)

3. Schwerpunkte und Grenzen der Europaarbeit

Wie bereits erwähnt, sind die EU-Beauftragten auch die Kontaktstellen zu den Städten, Gemeinden, Verbänden und Institutionen im Kreis. Hier stellt sich die Frage, welche Rolle die EU-Koordinatoren übernehmen können und wo die Möglichkeiten und auch die Grenzen ihrer Arbeit liegen. Aus der Erfahrung der Brüsseler Verbindungsbüros heraus lassen sich drei Arbeitsschwerpunkte benennen:

1. Internationale Kontakte

Hierzu zählen die Betreuung von Partnerschaften und Netzwerken sowie der Aufbau und die Pflege von internationalen Beziehungen. Sowohl die „Außenstellen“ in Brüssel als auch die Europa-Abteilungen auf Landesebene und die internationalen Partner brauchen eine zentrale Anlaufstelle im Kreis bzw. in der Stadt. Die formellen und informellen Kontakte sollten dazu genutzt werden, Erfahrungen zu speziellen Themen auszutauschen und Erfolg durch Engagement zu erzeugen.

2. Förderprogramme

Zentrale Aufgaben sind die Auswertung von Informationsdiensten und die Recherche von geeigneten EU-Programmen für spezielle kommunale Projekte. Der EU-Beauftragte leistet Unterstützung bei der Partnersuche und bei der Antragstellung; er übernimmt also eine Vermittlertätigkeit. Über direkte Kontakte mit Institutionen in Brüssel erlangt er den Vorteil, bereits im Vorfeld der offiziellen Ausschreibungstermine wichtige Fristen und Modalitäten in Erfahrung bringen und weiterleiten zu können.

3. Information

Eine wichtige Funktion besteht darin, andere Fachdienststellen, Vereine, Verbände und Kommunen zu motivieren, sich mit europäischen Initiativen zu beschäftigen und eigene Ideen zu entwickeln. Der Europabeauftragte dient als Beratungs- und Koordinationsstelle. Durch eine pointierte, wirksame Öffentlichkeitsarbeit kann die Akzeptanz für Europa

erhöht werden. Es kommt darauf an, die wichtigen Themen und EU-Richtlinien aus der Informationsflut herauszufiltern aufzubereiten und zu vermitteln. Es ist wichtig, die Kontakte zu den EU-Verantwortlichen aus Bund, Ländern und anderen Kommunen bzw. Kreisen sowie zu anderen relevanten EU-Informationsstellen (Euro-Info-Center der Investitionsbank, Ministerien, Ländervertretungen etc.) herzustellen und zu pflegen. Der Aufbau eines Beziehungsnetzwerks innerhalb und außerhalb der Verwaltung ist die Basis für eine erfolgreiche Arbeit.

Inwieweit - und in welchem Umfang - diese genannten Aufgaben wahrgenommen werden können, hängt von der personellen Ausstattung der mit Europafragen befassten Dienststelle, von der Strategie der Verwaltung (was soll mit EU-Arbeit mindestens erreicht werden?) und nicht zuletzt auch von der Anzahl der Kunden bzw. Interessenten ab.

Im Bereich **Information** wird die Arbeit durch die Newsletter der Ländervertretungen, den Eurobrief der Investitionsbank und die Rundschreiben des Landkreistags erleichtert. Aus diesem Material können die wesentlichen Informationen herausgefiltert und weitergeleitet werden.

Im Rahmen des weiten Themenfeldes der **Förderprogramme** hat der EU-Beauftragte nicht die Kapazität für eine komplette Antragstellung. Als Grundregel gilt hier:

- Programmberatung: ja
- Projektbegleitung: in Maßen
- Projektabwicklung: nein.

Für eine effiziente Prüfung und Bewertung von Anfragen empfiehlt sich eine Einbindung anderer Institutionen auf Ebene des Landes und in Brüssel, damit die jeweiligen fachlichen Kompetenzen genutzt werden können. Während der/die Europabeauftragte den Schritt der Vorprüfung von Projektanträgen und die Herstellung der wesentlichen Kontakte übernehmen kann, empfiehlt sich für die konkrete Antragstellung die Zusammenarbeit mit der Investitionsbank, deren Euro Info Centre ein umfassendes Serviceangebot im Bereich der EU-Förderung bereithält. Das vorgestellte Konzept der Europa-Arbeit in Schleswig-Holstein trägt dazu bei, diese Art von Kooperation zu optimieren.

Bleibt noch eine grundsätzliche Einschätzung, die durch die Gespräche in Brüssel entstanden ist: Der Erfolg der EU-Arbeit sollte nicht daran gemessen werden, wie viel Geld über EU-Projekte eingeworben wird. Die Möglichkeit, Mittel zu beantragen und auch zu erhalten, ist zwar gegeben, wird aber oftmals überschätzt. Viel wichtiger ist es, zu einer kommunalen „Europa-Fähigkeit“ zu gelangen und die Möglichkeiten zu nutzen, die Europa bietet. Die Chancen, die ein direkter Draht zu Brüsseler Institutionen bietet, sind in **Anlage 2** mit Bezug auf die jeweiligen Verbindungsbüros bzw. Landesvertretungen zusammengefasst.

Anlage 2

MEHRWERT DER IN BRÜSSEL AUFGEBAUTEN BZW. VERTIEFTEN KONTAKTE FÜR DIE KREISE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Hanse-Office

- Direktinformation über Gesetzgebungsverfahren, Verordnungen, Richtlinien, die die Kreise in Schleswig-Holstein betreffen (könnten)
- Neue Regelungen im Bereich Strukturfonds / Strukturförderung und ihre Auswirkungen auf Norddeutschland
- Wichtige Veranstaltungen in Schleswig-Holstein, Hamburg oder Brüssel
- Kontakt zur Generaldirektion Regionalpolitik und zur Kommission

Deutscher Landkreistag

- Kontakt zum Ausschuss der Regionen
- Gegenseitige Information über aktuelle Themen im europäischen Kontext
- Kontakt zu den Ländervertretungen
- Informationen zu Projekten im Rahmen der Wirtschaftsförderung

Investitionsbank Schleswig-Holstein

- Informationen über Förderprogramme und Fördermöglichkeiten
- Kontaktvermittlung zu anderen interessierten Kreisen bzw. Regionen und zum Interreg-Sekretariat in Rostock
- Unterstützung bei der Antragstellung von Gebietskörperschaften aus Schleswig-Holstein (Initialberatung in Zusammenarbeit mit Euro-Info-Centre Kiel und EU-Beauftragten der Kreise)
- Angebot einer Projektbegleitung
- I-Bank stellt Referenten für Vorträge / Seminare

IHK-Nord

- Information über Gesetzesverfahren, die die norddeutsche Wirtschaft betreffen
- Unterstützung der Einflussnahme von Unternehmen
- Beeinflussung von Entscheidungen durch gezieltes Lobbying
- Europa-Sprechtage für Unternehmen
- Fachtagungen in Brüssel und Hamburg / IHK-Nord stellt Referenten für Veranstaltungen auf Kreisebene bzw. auf Ebene der Metropolregion
- Besonderer Schwerpunkt: Häfen und Logistik
- Ausweitung der IHK-Aktionen nach Osteuropa (Kooperationsmöglichkeiten)

Europabüros der kommunalen Spitzenverbände (z.B. Sachsen / Baden-Württemberg / Bayern)

- Erfahrungsaustausch (kommunale Projekte, Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit)
- Unterstützung bei der kommunalen Europa-Arbeit
- Information über aktuelle Entwicklungen durch Newsletter

